

# Kieler Werkstücke

Reihe F:  
Beiträge zur osteuropäischen Geschichte

Herausgegeben von  
Rudolf Jaworski und Peter Nitsche

Band 1



PETER LANG  
Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

Peter Nitsche (Hrsg.)

## Preußen in der Provinz

Beiträge zum 1. deutsch-polnischen  
Historikerkolloquium im Rahmen  
des Kooperationsvertrages zwischen der  
Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel  
unter Mitarbeit von Ekkehard Klug



PETER LANG  
Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

1991

## Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772-1918)

von Lech Trzeciakowski

Die Untersuchungen zur Politik Preußens in jenen polnischen Gebieten, die infolge der Teilungen Polens von Preußen annektiert worden sind, haben in einer ganzen Reihe von monographischen Arbeiten ihren Niederschlag gefunden. Einige dieser Werke streben den Charakter einer Synthese an. In diesen Arbeiten wird vor allem der Haltung des Eroberers gegenüber der polnischen Bevölkerung Bedeutung beigemessen. In einem geringeren Grade wird auch die Einstellung der Behörden zur deutschen und besonders zur jüdischen Bevölkerung herausgearbeitet. Das vorliegende Referat bildet einen Versuch, nicht nur die bisherigen Studien zu dem uns interessierenden Thema zusammenzufassen, sondern auch eigene diesbezügliche Erwägungen darzustellen.

Wenn man sich darüber Gedanken macht, welche Elemente die Nationalitätenpolitik Preußens beeinflußt haben, so kommen hier verschiedene Faktoren in Betracht:

1. Die zahlenmäßige Stärke der polnischen und der deutschen Bevölkerung in der Hohenzollernmonarchie und in dem von Preußen annektierten Teil Polens;
2. die Voraussetzungen der Innen- und Außenpolitik Preußens;
3. die Entwicklung der Ereignisse in der Hohenzollernmonarchie und deren Stellung im internationalen Rahmen;
4. die Stimmungen unter der deutschen Bevölkerung;
5. die Einstellung der Polen.

Infolge der Teilungen Polens verwandelte sich Preußen in einen Staat, in dem hinsichtlich der Nationalität die Deutschen dominierten, in dem aber auch die polnische Bevölkerung einen bedeutenden Prozentsatz ausmachte. Unter den 8 Millionen Einwohnern stellten "die Untertanen polnischer Zunge" bis zu 3 Millionen, d.h. 37 Prozent, während die Hälfte des Territoriums Gebiete waren, die vor der Teilung zum polnischen Staat gehört hatten.<sup>1</sup> Als bezeichnendes Faktum verdient in diesem Zusammenhang die Tatsache Beachtung, daß eine der größeren

<sup>1</sup>Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt am Main 1972, S. 68.

Städte, nämlich Poznań, in Preußen in geographischer Hinsicht eine zentrale Stelle einnahm, denn von der Grenze zu Rußland trennten sie ca. 450 Kilometer und vom Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg 400 Kilometer.

Die Napoleonische Epoche brachte bedeutende Gebietsveränderungen mit sich. Ein Teil des Territoriums des preußischen Teilungsgebietes, das sogenannte Südpreußen, Neuostpreußen und ein Teil des Netzedistriktes (Kujawy und Pałuki) sowie das Kulmer Land, bildeten die territoriale Grundlage für das von Napoleon im Jahre 1807 gegründete Herzogtum Warschau.

Weitere Veränderungen, die bis 1918-1921 Bestand hatten, ergaben die Beschlüsse des Wiener Kongresses. Preußen erhielt einen beträchtlichen territorialen Zuwachs in Deutschland (das Rheinland, Westfalen, einen Teil Sachsens usw.), dafür überließ es einen Teil der im 18. Jahrhundert in Besitz genommenen ehemaligen polnischen Gebiete dem anderen Eroberer - Rußland. In dieser neuen Situation stellten die Polen unter den 10 Millionen Einwohnern einen Anteil von 1,5 Millionen, d.h. 15 Prozent. Poznań selbst war lediglich 50 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1871 hatte eine weitere wesentliche Veränderung in den Proportionen zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung zur Folge, diesmal im Wilhelminischen Reich. Unter den 41 Millionen Einwohnern zählten die Polen 2.600.000, d.h. 6,3 Prozent.<sup>2</sup> Es kann daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die polnische Bevölkerung zahlenmäßig gesehen kontinuierlich an Bedeutung eingebüßt hat.

Es könnte folglich den Anschein haben, daß die polnische Frage, die objektiv gesehen für den an Kraft gewinnenden preußischen Staat eine immer geringer werdende Bedrohung darstellte, von Berlin verhältnismäßig richtig geregelt worden sei. Der preußische Staat gehörte gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu den Großmächten Europas, und am Anfang des 20. Jahrhunderts war Preußen-Deutschland die zweite Großmacht der Welt nach den USA und konnte seitens einer verhältnismäßig kleinen nationalen Minderheit nicht ernsthaft gefährdet werden. Währenddessen konnte eine ganz andere Erscheinung wahrgenommen werden: Der Verlauf der Germanisierung nahm zunehmend brutale Formen an, so daß er sogar in einem Teil der deutschen Bevölkerung Proteststimmen hervorrief, während die europäische öffentliche Meinung und sogar die Meinung der Welt diese Methoden fast einstimmig verurteilte. Die

<sup>2</sup>Józef Buzek, *Historia polityki narodowościowej rządu pruskiego wobec Polaków / Geschichte der Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung gegenüber den Polen von den Wiener Verträgen bis zu den Ausnahmegesetzen des Jahres 1908/*, Lwów 1909, S. 539; "Deutsche Geschichte in Daten", Berlin 1967, S. 475.

Erklärung dafür kann in den sonstigen hier bereits erwähnten Faktoren gefunden werden.

Migrationsprozesse hatten einen äußerst wichtigen Einfluß auf die Gestaltung der Nationalitätenverhältnisse im preußischen Teilungsgebiet und auf die Politik in diesem Bereich. Bis zum Jahre 1870 hat die Zahl der deutschen Bevölkerung in den polnischen Westgebieten einen systematischen Zuwachs erfahren. Dieser Prozeß wurde von mehreren Faktoren bestimmt. Deutschland durchlebte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einen demographischen Höhepunkt; außerdem begann in den Jahren 1795-1835 die vorindustrielle Epoche. In Anbetracht des niedrigen technischen Standes konnten weder die Landwirtschaft noch die Industrie eine ausreichende Menge von Gütern für die schnell anwachsende Bevölkerung zur Verfügung stellen - trotz eines allmählichen Produktionsanstiegs. Gleichzeitig wurden Agrarreformen realisiert, die zur Folge hatten, daß in Preußen Millionen von Bauern ohne Bodenbesitz waren. Auf dem Markt gab es viele freie Arbeitskräfte. Nicht alle fanden in der sich modernisierenden Landwirtschaft oder in der Industrie Beschäftigung.

In dieser Situation suchten tausende von Menschen bessere Existenzchancen im Osten. In den Jahren 1816-1835 zogen 250.000 Personen in den Osten. Die Auswanderung nach Amerika war zu jener Zeit noch nicht so populär: Im gleichen Zeitraum gingen etwa 100.000 Personen nach Übersee.

Ein Teil der Deutschen ließ sich im preußischen Teilungsgebiet nieder. Am Ende des 18. Jahrhunderts belief sich hier der Anteil der deutschen Bevölkerung auf 38,6 Prozent (781.000 Menschen), während es im Jahre 1861 bereits 50,2 Prozent (1.890.475 Menschen) waren. Allmählich waren jedoch Änderungen in der Richtung der Auswanderung festzustellen. Hunderttausende wanderten nach Amerika aus. Nach 1870 gewann im Zusammenhang mit den beträchtlichen Unterschieden in der ökonomischen Entwicklung des Reiches die Migration aus dem Osten in die Industriezentren im Westen Deutschlands und nach Berlin an Popularität. Diese Erscheinung ist als "Ostflucht" bezeichnet worden. Obwohl die Zahlen der aus dem Osten auswandernden Deutschen und Polen in einem vergleichbaren Rahmen lagen, konnte ein geringer, aber zunehmender Rückgang des Prozentsatzes der deutschen Bevölkerung beobachtet werden. Im Jahre 1905 belief er sich im preußischen Teilungsgebiet auf 49,3 Prozent (2.793.138 Menschen). Dies bedeutet,

daß er etwa um einen Prozentpunkt gesunken war.<sup>3</sup> Diese Erscheinung rief unter den deutschen Behörden und den Nationalisten eine große Beunruhigung hervor.

In der Politik Preußens wurde die Eroberung von Teilen des polnischen Territoriums frühzeitig als ein Element der Staatsraison behandelt. Dies bezog sich auf die Verbindung Brandenburgs mit dem Herzogtum Preußen. Der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I., nutzte die schwierige Situation Polens in der Zeit des Krieges gegen Schweden (1655-1660) aus; er löste sich nicht nur von Polen, indem er für das Herzogtum Preußen die Entbindung von der Lehnspflicht erlangte, sondern ging auch mit dem schwedischen König Karl Gustav ein Bündnis ein, auf dessen Grundlage er - im Falle des Sieges - mit einer weitergehenden Gebietserwerbung auf Kosten seines östlichen Nachbarn rechnen konnte. Dieser Krieg wurde jedoch nicht mit dem erwarteten Ergebnis beendet. Angesichts der Niederlagen seines Verbündeten trat Friedrich Wilhelm auf die Seite des polnischen Königs über, wofür er kleine, aber bedeutende Gebiete erhielt, vor allem jedoch die Durchmarschgenehmigung für das brandenburgische Heer über Königlich Preußen, also das zu Polen gehörende Danzig-Pommersche Gebiet (Pomorze Gdańskie). Die Frage der Annexion gerade dieses Gebietes trat eindeutig zum Vorschein im ersten Testament Friedrichs II. aus dem Jahre 1752; sie wird im Kapitel "Politische Träumereien" angesprochen, obwohl man die Formulierungen dieser Angelegenheit nur schwer als träumerisch bezeichnen könnte, sie waren eher ziemlich konkreter Natur, wie z.B. die Aussage: "Ist die Erwerbung glücklich abgeschlossen, werden jedenfalls Thorn, Elbing und Marienwerder befestigt und sogar kleinere feste Plätze längs der Weichsel errichtet werden". Einige Jahre später, im zweiten Testament aus dem Jahre 1768, spricht er von Polen wieder im Kapitel "Träume und chimärische Pläne" und stellt fest: "Danach scheint es mir sinnenklar, daß die übermächtigen Nachbarn sich schließlich über die Beute einigen werden".<sup>4</sup>

Die Teilungen Polens bildeten eine Realisierung der Staatsraison und zugleich eine Rechtfertigung für sie. Die preußischen Staatsmänner kamen immer wieder darauf zurück, wenn sie antipolnische Maßnahmen

<sup>3</sup>Richard Böckh, *Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten*, Berlin 1869, S. 225-233; Józef Buzek, op. cit., S. 541-563; William W. Hagen, *Germans, Poles and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East 1772-1914*, Chicago-London 1980, S. 15; Friedrich-Wilhelm Henning, *Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914*, Paderborn 1973, S. 107-108; Waldemar Mitscherlich, *Die Ausbreitung der Polen in Preußen*, Leipzig 1913, S. 260-265.

<sup>4</sup>Friedrich der Große, *Die Politischen Testamente*. Übersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski, München 1941, S. 67, 232.

begründen wollten. Man könnte auch den Feldmarschall August Graf von Gneisenau erwähnen, der angesichts der polnischen Erfolge im Krieg gegen Rußland im April 1831 folgendes geschrieben hat: "Die Bildung eines ganz unabhängigen Königsreichs Polen würde übrigens schlimme Folgen haben. Die Polen würden sofort Westpreußen mit Danzig von uns zurückzuerhalten streben /.../ Diese Frage ist also für uns eine Lebensfrage...". In der Schlußfolgerung stellt er fest, daß man Rußland Unterstützung zuteil werden lassen sollte. Auf eine ebenso deutliche Art und Weise hat sich Otto von Bismarck geäußert. In der berüchtigten antipolnischen Rede vom 28. Januar 1886 rief er: "Das Jahr 1815 hat dem Preußischen Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zur Verbindung zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl wie zu seiner Verteidigung und seiner Sicherheit".<sup>5</sup> Diese Ausführungen sollten ausreichend Rechtfertigung schaffen, den Ansiedlungsfonds zu beschließen und die Ansiedlungskommission zu gründen. Dieses Gesetz war das erste gegen die Polen gerichtete Ausnahmegesetz, und es stand im krassen Widerspruch zu dem Bilde Preußens als Rechtsstaat.

Die oben dargestellte Argumentation haben sich die deutsche Publizistik, die Geschichtsschreibung und die schöngeistige Literatur angeeignet. Preußen verdankte seine Großmachtstellung den Eroberungen im Osten. Das nächste Grundproblem bestand darin, diese Gebiete mit dem Organismus der Hohenzollernmonarchie engstens zusammenwachsen zu lassen. Eine der Methoden, die zu diesem Ziel dienlich waren, bildete die Binnenkolonisation, ein wichtiger Faktor der sozialen und wirtschaftlichen Politik der Hohenzollernmonarchie. In diesem Bereich hatte Preußen bereits seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts beträchtliche Erfolge zu verzeichnen. Als Gebiete erobert worden waren, die in der überwiegenden Mehrheit polnische Einwohner hatten, kam auch eine politische Motivierung zum Vorschein. Natürlich können die Bestrebungen Friedrichs II., der als erster dieser politischen Motivation Ausdruck verliehen hat, nicht mit den Zielen der deutschen Nationalisten gleichgestellt werden, von denen diese sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben leiten lassen. Für einen feudalen, absoluten Herrscher war die Loyalität seiner Untertanen und nicht ihre Nationalität von erstrangiger Bedeutung. In diesem besonderen Fall war die Angelegenheit jedoch von komplizierter Natur. Westpreußen war nach der Meinung Berlins eine Beute, die für das Funktionieren des Staates unentbehrlich sei. Es sollten folglich Maßnahmen getroffen werden, das polnische Element möglichst abzuschwächen und gleichzeitig alle

<sup>5</sup>Hans Delbrück, Das Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt von Gneisenau. Fünfter Band, Berlin 1880, S. 668. Brief an Gibsons /Posen, den 24. April 1831;/ /Otto von/ Bismarck, Reden. Bearbeitet von Dr. Wilhelm Schußler. Dreizehnter Band 1885 bis 1897. (= Die gesammelten Werke, Band 13). Berlin 1930, S. 145.

Anstrengungen zu unternehmen, in diesen Gebieten Deutsche anzusiedeln. Es bestand auch die dringende Notwendigkeit, diese Gebiete wirtschaftlich zu beleben, die von zahlreichen Kriegen, Seuchen und Hunger heimgesucht worden waren. Friedrich II. maß der Ansiedlung der Deutschen große Bedeutung bei, andererseits konzentrierte er seine Bemühungen darauf, die Güter der katholischen Kirche zu enteignen wie auch den Grundbesitz des Adels einzuziehen, wenn der Huldigungseid nicht geleistet wurde. Die geraubten Güter wurden zum Teil in Domänen verwandelt oder zu günstigen Preisen an Junker und verdiente Offiziere abgetreten. Es wurden 11.000 Bauern angesiedelt, seltener auch Handwerker oder Kaufleute. Nicht immer waren dies die wertvollsten Elemente; unter den Ansiedlern gab es auch Abenteurer, Nichtsteuer, Bankrotteure.<sup>6</sup>

In den infolge der Zweiten und der Dritten Teilung annektierten polnischen Gebieten nahm die Kolonisationsaktion einen anderen Charakter an. Dies waren nämlich zu ausgedehnte Territorien, als daß man davon träumen konnte, dort größere deutsche Bevölkerungsteile anzusiedeln und zahlenmäßig die Überlegenheit zu gewinnen. Die Bevölkerungsdichte war in diesen Gebieten im Vergleich mit anderen Provinzen Preußens geringer, und so entstanden Chancen für die Ansiedlungsaktion, die hauptsächlich in den ökonomischen Voraussetzungen begründet lagen. Demzufolge wurden Ansiedler nicht nur aus Deutschland aufgenommen, hauptsächlich aus Baden-Württemberg, sondern auch Polen, Litauer und sogar Tataren. Insgesamt wurden 10.000 Menschen angesiedelt.<sup>7</sup>

Diese Ansiedlungsaktion zeigte zwar, daß man sich nicht von nationalen Vorurteilen leiten ließ, andererseits aber gab es wieder Säkularisationen von Gütern der Katholischen Kirche und Einziehung von Vermögenswerten patriotischer Adliger, die den Kościuszko-Aufstand unterstützt hatten. Dieser Aufstand richtete sich sowohl gegen Rußland als auch dann gegen Preußen, als es den Zarismus im Kampf gegen Polen unterstützte. Einen Teil der beschlagnahmten Güter bot man wieder denjenigen an, die sich um den Thron verdient gemacht hatten. Die Ansiedlungsaktion endete teilweise mit Erfolg. Eine nicht geringe Zahl

<sup>6</sup>Max Beheim-Schwarzbach, Friedrich der Große als Gründer deutscher Kolonien, Berlin 1864, S. 308, 616, 620, 624; Kazimierz Zimmermann, Fryderyk Wielki i jego kolonizacja rolna na ziemiach polskich /Friedrich der Große und seine Kolonisation in den polnischen Gebieten/, Band I, S. 112-113, 136-137.

<sup>7</sup>Adelheid Simsch, Die Wirtschaftspolitik des preußischen Staates in der Provinz Südpolen 1793-1806/07. Berlin 1983, S. 215, 222-224; Jan Wasicki, Kolonizacja niemiecka w okresie Prus Południowych 1793-1806 /Die deutsche Kolonisation in der Südpolnischen Periode/. Przegląd Zachodni Nr. 9/10, 1953, S. 7-45.

der Ansiedler kehrte aber in ihre Heimat zurück oder zog weiter nach Osten, weil sie meinten, daß die Unterstützung seitens des Staates nicht ausreichend sei, oder weil sie sich von den schweren klimatischen Bedingungen entmutigen ließen.

Die nächsten Jahrzehnte, die voller wichtiger politischer Ereignisse waren - es folgten die Napoleonische Epoche, der Wiener Kongreß, die Jahre der liberalen Reformen in Preußen -, haben die Ansiedlungspläne Berlins in den Hintergrund treten lassen. Es fehlte an einer generellen Konzeption in diesem Bereich. Einige der höheren Beamten waren jedoch der Auffassung, daß es für die Lösung der Probleme im Osten ideal wäre, die Gedanken und Taten Friedrichs II. fortzusetzen. Zu dieser Gruppe gehörten Theodor von Schön, der Oberpräsident von Westpreußen und dann der gesamten Provinz Preußen, und dessen engster Mitarbeiter Eduard von Flottwell, Präsident des Regierungsbezirks Marienwerder und später Oberpräsident der Provinz Posen.

Beide vertraten die Meinung, daß eines der wichtigsten Ziele des Staates darin bestehen sollte, den polnischen Adel zu schwächen. Im Jahre 1833 schrieb Schön im Bericht für den Thronfolger Friedrich Wilhelm: "Friedrich der Zweite suchte durch überaus gnädiges Benehmen, durch Geschenke, durch große Meliorationen, die Zuneigung dieser polnischen Gutsbesitzer zu gewinnen, er kam aber noch vor seinem Tode zu der Überzeugung, daß, um Westpreußen wieder ganz deutsch zu machen, der Auskauf der polnischen Gutsbesitzer und die Errichtung deutscher Schulen die einzigen Mittel wären".<sup>8</sup> Es sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß Friedrich II. viel früher als Schön zu der Überzeugung war, daß er seine Politik vor allem gegen den Adel und gegen die Katholische Kirche richten sollte.<sup>9</sup>

Eduard von Flottwell, ein sehr geschickter Verwalter, trat in die Fußstapfen seines Meisters und wandte sogar eine noch breitere Palette von Methoden an. Als er die Aktivitäten zur Abschwächung der Position der polnischen Gutsbesitzer begann, bestanden sehr günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung seiner Pläne. Die polnische Bevölkerung erlebte nach der Niederlage des Novemberaufstandes, an dem sich der Adel aus dem von Preußen annektierten Teil Polens zahlreich beteiligt und für den er materielle Unterstützung gewährt hatte, einen Schock. Gleichzeitig wurde eine Agrarreform realisiert, die die feudalen Güter in kapitalistische Vorwerke verwandelte, was mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden war. Flottwell zog in zahlreichen

<sup>8</sup>Zit. nach: Peter Böhning, Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815-1871, Marburg/Lahn 1973, S. 53.

<sup>9</sup>Manfred Laubert, Die preußische Polenpolitik von 1772-1914, Berlin 1920, S. 11.

Fällen das Vermögen polnischer Adliger ein, weil er die Beteiligung am Novemberaufstand als einen feindlichen Akt gegenüber Preußen ansah. Er gewann auch entsprechende Mittel, um die verschuldeten polnischen Güter einzulösen. In der Zeit, als er die Funktion des Oberpräsidenten inne hatte, d.h. in den Jahren 1830-1841, gingen große Flächen, tausende von Hektarn, in die Hände von Junkern über oder gelangten in den Besitz neuer Ansiedler, deutscher Bauern. Er bemühte sich auch nachhaltig um die Verstärkung des deutschen Elements in den Städten. In diesem Bereich schuf er günstige Bedingungen, die zur Ansiedlung ermutigten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß seine diesbezüglichen Maßnahmen einen fortschrittlichen Charakter hatten, denn so konnten sich zahlreiche private Städte aus der Vormundschaft der Gutsbesitzer befreien; man brach mit dem Zunftzwang, und allmählich wurde eine revidierte Städteordnung eingeführt, die der kommunalen Selbstverwaltung größere Rechte einräumte. Diese Maßnahmen wurden mit Rücksicht auf politische Ziele getroffen. Die neue Gesetzgebung verschaffte dem wohlhabenden Bürgertum, das in seiner entschiedenen Mehrheit deutscher Abstammung war, eine privilegierte Stellung.<sup>10</sup>

Flottwell unternahm den Versuch - einen gelungenen Versuch, wie sich in der weiteren Zukunft erweisen sollte -, einen Teil der jüdischen Bevölkerung zu assimilieren. Bekanntlich war in Preußen seit dem Jahr 1812 ein Erlaß in Kraft, der die Gleichberechtigung der Juden einführte. Diese Verordnung galt in Anbetracht des großen Prozentsatzes der jüdischen Bevölkerung, die größtenteils eher in ärmlichen Verhältnissen lebte, nicht für das Großherzogtum Posen. Im Jahre 1836 gab es dort 73.253 Juden; dies entspricht etwa 6 Prozent der Provinzbevölkerung.<sup>11</sup>

Im Jahre 1833 trat eine neue Verordnung in Kraft. Sie gewährte reichen Juden Privilegien - daran war Flottwell besonders interessiert - und diskriminierte die armen Leute. Die Juden wurden in zwei Kategorien eingeteilt, in diejenigen, die sich um die Naturalisation, d.h. um die Gleichberechtigung mit der christlichen Bevölkerung bemühen konnten, und in die Geduldeten. Bedingungen zur Aufnahme in die erste Gruppe waren ein entsprechendes Vermögen oder der Beruf eines Künstlers bzw. Wissenschaftlers sowie eine preußisch-patrio-

<sup>10</sup>Franciszek Paprocki, Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830-1841) /Das Großherzogtum Posen zur Zeit der Verwaltung Flottwell (1830-1841), Poznań 1970, S. 160-182; Jan Wąsicki, Ziemia polskie pod zaborem pruskim. Wielkie Księstwo Poznańskie 1815-1848. Studium historyczno-prawne. /Die polnischen Landesteile unter preußischer Herrschaft. Das Großherzogtum Posen 1815-1848. Eine rechtshistorische Studie/. Warszawa-Poznań 1980, S. 148-173.

<sup>11</sup>Franciszek Paprocki, op. cit., S. 185.

tische Einstellung. Es bestand die Pflicht, einen Geschlechtsnamen anzunehmen und sich im öffentlichen Leben der deutschen Sprache zu bedienen. Die zweite Gruppe unterlag erheblichen Beschränkungen, die z.T. sehr belastend waren: Ehen konnten erst nach dem vierundzwanzigsten Lebensjahr geschlossen werden. Eigentlich durften diese Menschen nur in den Städten wohnen. Die Möglichkeiten, Immobilien zu erwerben, waren beschränkt. Daher verließen viele ärmere Juden Großpolen und wanderten in das Innere Deutschlands oder auch nach Amerika aus. Die Zahl der Juden ging stark zurück, im Jahre 1871 gab es nur noch 61.982, d.h. der jüdische Bevölkerungsanteil betrug nur noch 3,9 Prozent.<sup>12</sup> Die wohlhabenden Juden haben sich dagegen rasch der deutschen Bevölkerung assimiliert.

Als Flottwell im Jahre 1841 Poznań verließ, konnte er nicht ohne Genugtuung feststellen: "Des Gouvernements würdig und deshalb angemessen erscheint es mir dagegen, offen den Grundsatz auszusprechen und zu befolgen, daß die Provinz dem deutschen Element keineswegs verschlossen, daß sie ihm vielmehr, als dem Lebens-Element des Staates, und schon eines guten Drittheils der Provinz selbst, geöffnet..."<sup>13</sup>

Bis zu den vierziger Jahren griff ausschließlich der preußische Staat in die Nationalitätenverhältnisse in den annektierten polnischen Gebieten ein. Im Jahre 1848 kamen neue für die Polen gefährliche Symptome zum Vorschein. Im Verlauf der Revolution traten nach wenigen Tagen einer allgemeinen Verbrüderung in der deutschen Bevölkerung des preußischen Teilungsgebietes nationalistische Stimmungen in den Vordergrund. Die Bekanntmachung der Kabinettsordre König Friedrich Wilhelms IV. über eine Reorganisation des Großherzogtums Posen (24. März 1848), d.h. de facto die Wiedereinführung der Rechte, die den Polen kraft der Beschlüsse des Wiener Kongresses zuerkannt worden waren, hatte eine Protestwelle seitens der deutschen Minderheit zur Folge, die sich in ihrer privilegierten Stellung bedroht fühlte. Sie konnte in Deutschland Unterstützung durch weite Kreise der Bevölkerung beanspruchen. Die Möglichkeit, daß die Polen eine Art Autonomie erhielten, von ihrer Unabhängigkeit ganz zu schweigen, stand in einem absoluten Widerspruch zu den Losungen eines vereinigten deutschen Nationalstaats. Dieser Stimmung wurde während der Beratungen der Frankfurter Nationalversammlung am 24. Juli 1848 am deutlichsten durch Wilhelm Jordan Ausdruck verliehen, der diejenigen Deutschen, die ein modus vivendi suchten, "Volksverräter" nannte und der "zu einem

<sup>12</sup>Leo Wegener, Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen, Posen 1903, S. 238.

<sup>13</sup>Zit. nach: Manfred Laubert, Eduard Flottwell. Ein Abriß seines Lebens, Berlin 1919, S. 110.

gesunden Volksegoismus" rief.<sup>14</sup>

In den darauffolgenden Jahren beruhigten sich die Stimmen der deutschen Nationalisten, später jedoch wurden sie zu einem festen Element der antipolnischen Politik.

Vorläufig setzten die preußischen Behörden ihre Politik fort, den polnischen Grundbesitz zu schwächen und das Junkertum zu stärken. Die in den fünfziger Jahren entstandene Situation - die Krise der Landwirtschaft und der damit verbundene rapide Preisverfall für Grund und Boden und landwirtschaftliche Erzeugnisse - wurden rücksichtslos ausgenutzt. In der Kreditpolitik wurden die polnischen Landbesitzer diskriminiert, während man den preußischen Junkern gern Darlehen gewährte. Im Ergebnis gewann der deutsche Großgrundbesitz im Großherzogtum Posen 1871 die Oberhand, wie es in Westpreußen schon seit langem der Fall war. Die Behörden gaben sich damit zufrieden, und in den nächsten 15 Jahren räumte man diesem Ansatz keinen Vorrang mehr ein.

Die Situation erfuhr eine Änderung, als man in den achtziger Jahren feststellte, daß als Konsequenz der anwachsenden "Ostflucht" der bisherige Trend, d.h. ein systematischer Anstieg der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen, zusammenbrach. Ohne auf die objektiven Ursachen dieser Migration Rücksicht zu nehmen, nämlich auf die sich vertiefenden Ungleichheiten in der ökonomischen Entwicklung des Wilhelminischen Reiches, wurde die Theorie von einer angeblichen Verdrängung der Deutschen durch die Polen erfunden. Die Nationalisten schlugen Alarm. Im Januar 1885 schrieb der Philosoph Eduard Hartmann im Artikel "Der Rückgang des Deutschtums": "... wir müssen Repressalien üben, d.h. das Slaventum in unseren Grenzen **a u s r o t t e n**".<sup>15</sup> Diese Meinungen stimmten mit den Ansichten der Regierungskreise überein. Sie entwickelten sich unter dem Einfluß nicht nur der Ostflucht, sondern auch der Mißerfolge, die der Staat bei den Versuchen, die polnische Bevölkerung zu germanisieren, zur Zeit des Kulturkampfes erlitten hatte. Eine zahlenmäßig und materiell starke deutsche Bevölkerung wurde als Garant der Herrschaft über diese Gebiete betrachtet. Sie galt umso mehr als notwendig, weil man mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland rechnete, und diese Gebiete waren ja das östliche Vorfeld Berlins; die Stimmung ihrer Bevölkerung war der Regierung auch aus diesem Grunde nicht gleichgültig. Im Jahre

<sup>14</sup>Zit. nach: Siegfried Baske, Die deutsch-polnischen Beziehungen im Großherzogtum Posen von 1831 bis 1848. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1831-1848: Vormärz und Völkerfrühling. Redaktion: Rainer Riemenschneider, Braunschweig 1979, S. 48.

<sup>15</sup>Zit. nach: Joachim Mai, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885 bis 1887, Berlin 1962, S. 36.

1885 wurden 32.000 Personen aus dem preußischen Teilungsgebiet ausgewiesen, darunter 28.000 Polen und 4.000 Juden, die aus dem russischen und österreichischen Teilungsgebiet stammten und nicht über die preußische Staatsangehörigkeit verfügten.<sup>16</sup>

Einen weiteren Schritt bildete die Gründung eines Ansiedlungsfonds durch den preußischen Landtag im Jahre 1886. Das Ziel dieses Gesetzes war "die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen". Man wollte dieses Ziel erreichen, indem man Grund und Boden aus polnischer Hand, meistens von adligen Landbesitzern, aufkaufte und dort deutsche Bauern ansiedelte. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Kontroverse zwischen Bismarck und den Nationalliberalen. Bismarck dachte daran, die angekauften Böden in Staatsdomänen oder Junkergüter zu verwandeln, also der Tradition entsprechend vorzugehen. Die Nationalliberalen, die die Losungen der inneren Kolonisation befürworteten, strebten danach, den angekauften Boden deutschen Bauern zur Verfügung zu stellen, um so zur Stärkung der deutschen Bevölkerung im Osten beizutragen. Im Endergebnis trugen die Nationalliberalen den Sieg davon. Folglich wurde die Königliche Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen gegründet. Die Anfänge ihrer Tätigkeit waren vielversprechend. Der Großgrundbesitz befand sich damals in einer Krise, die eine Folge der Billigeinfuhren von Getreide aus Übersee war. Ohne größere Schwierigkeiten wurden einige zehntausend Hektar aus polnischer Hand losgekauft. Im Laufe der Zeit entstanden jedoch immer ernsthaftere Hindernisse. Die Polen riefen ihre eigenen Parzellierungsbanken ins Leben, die für die Ansiedlungskommission eine ernstzunehmende Konkurrenz bildeten.

Aus dem harten Kampf um Grund und Boden ging immer häufiger die polnische Seite siegreich hervor. Es gab auch Junker, die ihren Besitz polnischen Finanzinstituten verkauften, die flexibler waren als die bürokratisierte Ansiedlungskommission. Im Ergebnis erlitt die deutsche Seite in den Jahren 1896-1912 im Bodenbesitz Verluste, die sich auf 100.000 Hektar beliefen. Es gab auch Schwierigkeiten, für diese Gebiete Ansiedler zu gewinnen. Nur 49,8 Prozent kamen aus dem Innern des Reiches, den Rest bildeten Deutsche aus den Ansiedlungsgebieten und Zuwanderer aus Rußland und Österreich.<sup>17</sup> Um eine reibungslose Arbeit der Kommission zu sichern, bediente man sich der Ausnahmegeetze; so wurde im Jahre 1904 ein Nachtragsgesetz zum Ansiedlungsgesetz verabschiedet, in dem u.a. festgelegt wurde, daß für den Bau von Wohnhäusern auf neuerworbenen Parzellen eine entsprechende Genehmigung der Behörden erforderlich war. Man kann sich leicht vorstellen,

daß die Polen nur sehr schwer eine solche Genehmigung erlangten. Im Jahre 1908 setzte man im preußischen Landtag ein Enteignungsgesetz durch, das es erlaubte, polnische Güter einzuziehen. Im Jahre 1912 gab es vier solcher Fälle.

Man unternahm gewaltige Anstrengungen, um eine Repolonisierung der Städte zu verhindern. Im Jahre 1898 begann die Realisierung eines breit angelegten Programms, das den Namen "Hebungspolitik" erhielt. Es handelte sich darum, Investitionen zu realisieren, die den Zivilisationsstand der Städte heben sollten. In Poznań wurde eine ganze Reihe von Repräsentationsbauten errichtet, allen voran das königliche Residenzschloß. Weiter wurde ein Dispositionsfonds der Oberpräsidenten jener Provinzen eingerichtet, die national gemischte Einwohnerschaft aufwiesen, d.h. im Großherzogtum Posen, in Westpreußen, in Schlesien und in Schleswig-Holstein. Die Mittelvergabe zielte darauf ab, die deutsche Bevölkerung zu unterstützen. Die nationalistische Lobby mit dem Alledutschen Verband und dem Ostmarkenverein an der Spitze spielte bei der Festlegung und Realisierung dieser Maßnahmen eine große Rolle. Die Ansiedlungsaktion und die Verhinderung der Ostflucht kosteten riesige Summen. Die Ansiedlungskommission gab zum Beispiel bis 1919 1 Milliarde 55 Millionen Mark aus, der Dispositionsfonds belief sich bis zum Jahr 1914 auf eine Summe von 26 Millionen Mark. Für die Investitionsaktion gab man gewiß auch sehr große Summen aus. Man sollte überlegen, welche Ergebnisse diese materielle und organisatorische Anstrengung hervorbrachte. Im Jahre 1910 gelang es den Behörden, den ungünstigen Trend der Bevölkerungsentwicklung aufzuhalten und sogar eine geringe zahlenmäßige Überlegenheit der Deutschen in den Ostprovinzen zu erzielen, es waren 50,7 Prozent, d.h. soviel wie im Jahre 1861.<sup>18</sup>

Die Nationalitätenpolitik des Staates erstreckte sich nicht ausschließlich auf die Bemühungen, den deutschen Besitzstand zu vermehren und die Kolonisation durchzuführen; hinzu kamen auch Versuche, die Polen zu denationalisieren. Am Anfang redete man nicht viel über die Germanisierung, obwohl die Maßnahmen, die der feudale, absolutistische Staat ergriff, diese Merkmale hatten. Die angewandten Methoden resultierten aus der Beurteilung der polnischen Bevölkerung, die für die Mentalität der Politiker der feudalen Epoche charakteristisch war. Den Adel und die Geistlichkeit sah man als den aktiven Teil der Bevölkerung an. Es wurde in Erwägung gezogen, daß sie unter Umständen zu Throngegnern werden konnten. Die Bauern und das Bürgertum hielt man für eine willenslose Masse, die sich verschiedenartig

<sup>16</sup>Helmut Neubach, Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 128-129.

<sup>17</sup>Witold Jakóbczyk, Pruska Komisja Osadnicza 1886-1919 /Die preussische Ansiedlungskommission 1886-1919/, Poznań 1976, S. 73, 85.

<sup>18</sup>Witold Jakóbczyk, op. cit., S. 195; Waldemar Mitscherlich, op. cit., S. 262-263; Lech Trzeciakowski, Walka o polskość miast Poznańskiego na przełomie XIX i XX wieku /Der Kampf um den polnischen Charakter der Städte im Posener Land an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert/, Poznań 1964, S. 49.

manipulieren ließe, wobei man annahm, sie ohne nennenswerte Schwierigkeiten in loyale Untertanen verwandeln zu können. Man war sich jedoch dessen bewußt, daß Adel und Klerus diese Schichten ungünstig beeinflussen könnten. Eine solche Beurteilung der polnischen Bevölkerung hat sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts behauptet, allen selbstverständlichsten Wahrheiten zum Trotz wie z.B. der zahlreichen Beteiligung des Bürgertums und der Bauern am Posener Aufstand von 1848. In dieser Weise äußerten sich etwa Friedrich II. und Eduard von Flottwell. Flottwell schrieb im Jahre 1841: "Entschieden feindselig steht dem Gouvernement der größere Teil des katholischen Clerus und des polnischen Adels entgegen", und Otto von Bismarck gab mehr als 30 Jahre später am 6. März 1872 im Landtag seiner tiefen Überzeugung Ausdruck, die breiten Massen der Polen in treue Untertanen der Krone verwandeln zu können: "... denn sobald die Leute Deutsch können, sind ihnen durch die Presse, durch Reden und Verkehr zu viel Quellen der Wahrheit offen und zugänglich, sie können sich selbst darüber orientieren, ob das wahr ist, was man ihnen sagt über die Tendenz der Regierung".<sup>19</sup> Noch im Jahre 1894 verdammt er den Adel und hegte die Hoffnung, mit den polnischen Bauern und Arbeitern eine Art friedliche Koexistenz zu entwickeln. Allmählich, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, gewann man jedoch immer deutlicher Klarheit darüber, daß der Adel und die Geistlichkeit nicht als isolierte Kräfte wirkten, sondern daß das nationale Bewußtsein breiter Massen der polnischen Bevölkerung immer größer wurde. In den Ausführungen preußischer Politiker und einflußreicher Publizisten erhielt das Bild der polnischen Bevölkerung schärfere Umrisse, als es bis dahin der Fall gewesen war; man betonte die Aktivitäten des Bürgertums, der Arbeiter und der Bauern. Leo Wegener, ein Schüler von Max Weber, ein Vertreter der Hakatisten und ein hervorragender Ökonom, schrieb. "Bis jetzt haben nur die Polen vorzügliche Organisationen der Selbsthilfe geboten, und so sind nicht nur die unteren Klassen der polnischen Bevölkerung infolgedessen politisch gesinnt, sondern es sind auch viele Deutsche verloren gegangen und gehen noch immer verloren".<sup>20</sup>

Bis man sich jedoch der Veränderungen bewußt war, die sich in der polnischen Bevölkerung vollzogen, behandelte man sie mit wechselhafter Unentschlossenheit. Zwei Methoden wurden verhältnismäßig konsequent angewandt: die erste bildete die Aushöhlung der materiellen Grundlagen des polnischen Adels, und die zweite war die Verbreitung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben. In der Anwendung dieser beiden Methoden gab es gewisse Unterschiede in Westpreußen und im Großherzogtum Posen. In der erstgenannten Provinz setzte man sie konsequenter um, weil dort

<sup>19</sup>Zit. nach: Manfred Laubert, "Eduard Flottwell...", S. 110; zit. nach: Lech Trzeciakowski, "Kulturkampf w zaborze pruskim /Der Kulturkampf im preußischen Teilungsgebiet/", Poznań 1970, S. 177.

<sup>20</sup>Leo Wegener, op. cit., S. 203.

der polnische Adel schwächer und die deutsche Bevölkerung zahlenmäßig stärker vertreten war. In Großpolen war der Adel viel stärker, sowohl in ökonomischer als auch in zahlenmäßiger Hinsicht, während die deutsche Minderheit zu Beginn der uns interessierenden Epoche einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachte, d.h. 21 Prozent.<sup>21</sup> Entschiedene gegen den Adel gerichtete Schritte waren angesichts der Grundprinzipien preußischer Politik unmöglich. Die Großgrundbesitzer und die Armee bildeten doch das Bollwerk des preußischen Staates. Eine gewaltsame Verfolgung des polnischen Adels hätte an den Stützen des feudalen Systems gerüttelt und für andere Stände in der heißen Zeit der Großen Französischen Revolution ein fatales Beispiel abgegeben. Es wurden folglich Versuche unternommen, die antipreußischen Stimmungen unter den wappenführenden Untertanen des preußischen Königs abzuschwächen. In Chelmo und in Kalisz wurden Kadettenkorps gegründet, weil man damit rechnete, daß auf diese Art und Weise eine Germanisierung der Adelsjugend erreicht werden könnte. In Berlin dachte man jedoch nicht daran, den 37 Prozent der Untertanen ernstgemeinte Zugeständnisse zu machen. Die Situation erfuhr eine Änderung, als Preußen in erhebliche Schwierigkeiten geriet. Die Niederlage im Krieg gegen Napoleon im Jahre 1806 und die damit verbundene Möglichkeit, die Gebiete des preußischen Teilungsgebietes zu verlieren, bewogen die preußischen Politiker dazu, ihre Taktik zu ändern. Der Staatsmann Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein trat in seiner berühmten Nassauer Denkschrift vom Juni 1807 dafür ein, den Polen gegenüber grundlegende Veränderungen einzuräumen und z.B. im Rahmen der Hohenzollernmonarchie einen autonomen Organismus zu gründen.<sup>22</sup> Diese Idee fand ihren großen Befürworter in der Person des Fürsten Antoni Radziwiłł, der mit dem regierenden Haus verwandt war. Nach der Niederlage Napoleons sah Preußen aber keine Notwendigkeit mehr, weitgehende Konzessionen zu machen. In Anbetracht der durch Alexander I. im russischen Teilungsgebiet (nunmehr Königreich Polen genannt) eingeführten Autonomie sah sich Preußen jedoch gezwungen, im damals entstandenen Teil des Großherzogtums Posen die Gleichberechtigung der polnischen und der deutschen Bevölkerung einzuführen. Um den Adel zu gewinnen, wurde vielen Familien Adelstitel verliehen. Allmählich rückte man jedoch von den Zusicherungen ab, indem man z.B. im Mittleren Schulwesen die deutsche Sprache einführte. Diese Kampagne gewann an Kraft, als Flottwell die Funktion des Oberpräsidenten der Provinz innehatte. Er unternahm auch den Versuch, das Bauerntum für den Thron zu gewinnen, indem er konsequent die bäuerliche Regulierung realisierte. Mit aller Schärfe setzte er die ehemaligen Teilnehmer am

<sup>21</sup>William W. Hagen, op. cit., S. 15.

<sup>22</sup>Lech Trzeciakowski, "Die polnische Frage in Ideologie und Politik der deutschen Liberalen vor 1870. In: Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871. Herausgegeben von Klaus Zernack, Berlin 1987, S. 59-61.



Novemberaufstand Repressalien aus.

Als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, erfolgte eine Milderung des antipolnischen Kurses. Der König, der bemüht war, die Rolle eines mittelalterlichen Herrschers der Ständemonarchie zu spielen, strebte wieder danach, den polnischen Adel für sich zu gewinnen, dem er aristokratische Titel verlieh und ihm für den Gebrauch der polnischen Sprache im öffentlichen Leben einige Zugeständnisse machte.

Es verging jedoch nicht viel Zeit, bis die preußischen Behörden in das andere Extrem fielen. Während des Völkerfrühlings spielte Preußen aus Angst vor einer Intervention Rußlands gegen die Revolution für kurze Zeit mit der polnischen Karte, als es die Genehmigung erteilte, polnische zivile Behörden und ein polnisches Freiwilligenheer zu gründen. Als die russische Gefahr nicht mehr bestand, beschwor man Kampfhandlungen herauf und bereitete den schwachen aufständischen Truppen eine endgültige Niederlage. Die Provinz Posen wurde von der preußischen Armee brutal niedergeworfen.

Die neue Ära brachte für die polnische Bevölkerung nur eine teilweise Erholung mit sich. Bald entfesselte Bismarck den Kulturkampf. Er bemühte sich, die Katholische Kirche zu unterwerfen und verdrängte dabei fast ausschließlich die polnische Sprache aus der Verwaltung, aus dem Gerichts- und dem Schulwesen. Der Angriff gegen zwei so bedeutende Werte wie den Katholizismus und die Nationalität hatte ein starkes Anwachsen der nationalen Gefühle zur Folge. Bei den Polen bestand eine Identität der Religion und der Nationalität; und so ergab sich das Muster, das in der Wirklichkeit seine Widerspiegelung fand: Pole = Katholik.

Nach dem Sturz Bismarcks übernahm Leo von Caprivi das Erbe des Eisernen Kanzlers. Die Erbschaft präsentierte sich nicht glanzvoll; die ersten bitteren Früchte bildeten das Fehlen einer Regierungsmehrheit im Reichstag und das im Entstehen begriffene französisch-russische Bündnis. In der gegebenen Situation strebte Caprivi danach, die polnischen Politiker mit bedeutenden Zugeständnissen im Bereich der Wirtschaft und mit kleinen Gesten im Bereich des Schulwesens für sich zu gewinnen, auch mit der Verleihung der erzbischöflichen Würde von Gniezno und Poznan an einen Polen.

Diese Konzessionen hatten den entschiedenen Widerstand der deutschen Nationalisten zur Folge. Dessen unmittelbares Ergebnis war die Gründung einer chauvinistischen Organisation, des Ostmarkenvereins, im Jahre 1894. Nachdem Caprivi gegangen war, kehrte man zu einem permanenten antipolnischen Kurs zurück. Obwohl man die Hoffnung hatte aufgeben müssen, die hier lebenden Polen zu germanisieren, wurde die Verdrängung der polnischen Sprache fortgesetzt. Besonders schmerzlich waren die Entfernung der polnischen Sprache aus dem Religionsunterricht der Unter- und Mittelstufe (1900) und der Oberstufe (1906) sowie die Bestimmung des 1908 verabschiedeten Reichsvereinsgesetzes, der

zufolge auf Versammlungen in Ortschaften, in denen die Deutschen mehr als 40 Prozent der Einwohner stellten, der Gebrauch der polnischen Sprache untersagt war.

Die Ergebnisse der Nationalitätenpolitik haben die Erwartungen Berlins in diesem Bereich nicht vollständig erfüllt. Man konnte aber auch auf bedeutende Erfolge zurückblicken. Die deutsche Bevölkerung gewann zahlenmäßig die Oberhand über die polnischen Einwohner und war ökonomisch stärker. Durch riesige finanzielle und organisatorische Anstrengungen gelang es den Behörden, einen für sie gefährlichen prozentualen Rückgang der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen aufzuhalten. Dies ist die eine Seite dieser Angelegenheit. Es gilt aber auch die andere Seite zu beachten: Nicht nur, daß der Widerstandswille unter den Polen nicht gebrochen wurde, die Verfolgungen spielten auch eine beträchtliche Rolle bei der Entwicklung des Nationalbewußtseins, des aktiven nationalen Bewußtseins, das die Bereitschaft bedeutete, die nationale Besonderheit in der Tradition, in der Kultur und in der Sprache zu verteidigen. Zu Beginn der Teilungen Polens verfügten der Adel, geringe Teile des Bürgertums und selten Bauern über diesen Grad des nationalen Bewußtseins, gegen Ende der preußischen Herrschaft hatten breite Massen der Bevölkerung Anteil an diesem Bewußtsein. Einen Beweis dafür lieferten die Aufstände, die in den Jahren 1918-1921 gegen die Eroberer ausbrachen, einer in Großpolen und drei in Oberschlesien, das bis zu den siebziger Jahren als eine germanisierte Provinz betrachtet worden war.

Die antipolnische Politik Preußens hatte nicht nur kurzfristige, sondern auch weitreichende Folgen. Sie hat dazu beigetragen, zwischen zwei Nationen, die seit Jahrhunderten in unmittelbarer Nachbarschaft leben, eine Mauer von Vorurteilen und sogar Feindseligkeit zu errichten.